



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/120

28. Mai 1951.

Hinweise
auf den Inhalt:

Die Aussprache von Gelsenkirchen	S. 1
Parlamentswahlen in Frankreich	S. 3
Was der Wahlkampf in Oesterreich u.a. lehrte	S. 5
Zu einem Buch von Bernhard Guttman	S. 6

Schumachers wahrer Zwei-Fronten-Krieg

R.D. Einen Zwei-Fronten-Krieg nannte man kürzlich die Schumanplan-Diskussion innerhalb der SPD, die, wie in dieser Partei üblich, in aller Öffentlichkeit geführt wurde und die den Beobachtern ausserhalb der Partei den Führer der Opposition scheinbar im Gegensatz zu führenden Funktionären, insbesondere zu den sozialdemokratischen Gewerkschaftlern zeigte. Nun hat in Gelsenkirchen eine klärende Aussprache unter Sozialdemokraten aus Wirtschaft, Verwaltung und Gewerkschaften stattgefunden und sie ergab Einmütigkeit in der Ablehnung des Schumanplanes. Jetzt zucken die Beobachter die Achsel und schweigen.

Es lag in der Natur dieses Planes als einem staatsrechtlichen Akt größter Tragweite, dass er primär von Staatsrechtlern verhandelt werde, denen die Wirtschaftler nur attachiert waren, obgleich seine Wirkung vorwiegend wirtschaftlicher und sozialer Art ist. Die Diskussion um den Verzicht auf nationale Souveränitäten war daher fast ausschliesslich auf staatsrechtlicher Ebene geführt worden. Darum stand die Gelsenkirchener Aussprache vorwiegend unter dem Eindruck der wirtschafts- und sozialpolitisch fundierten Erläuterung Kurt Schumachers.

Es ist nützlich, sich die Beweggründe der Interpreten sozial-

demokratischer Auffassungen zu überlegen, deren Front von wohlmeinenden Publizisten über krasse Gegner der SPD bis zu den Alliierten reicht. Sie beginnt bei den echten Anhängern einer europäischen Idee, die entweder mehr in Ressentiments als in profanen wirtschaftlichen und sozialen Tatbeständen denken, oder - da sie nicht die Opfernden sind - ihre Bedenken mit Ressentiments abtöten. Sie endet bei den Verfechtern einer kapitalistischen Restauration, die sich mit den klerikalen und konservativen Kreisen verbinden, um das Vordringen sozialistischer Ideen in Europa zu verhindern. Sie alle benutzen das sozialistische Argument von der notwendigen internationalen Wirtschaftseinheit als Tarnkappe für das klassenpolitische Manager-Regime der Montanunion.

Als weiteres Argument dient ihnen der selbst unter Androhung von Zwangsmassnahmen - Entzug der Lebensmittellieferungen - vorgetragene Wunsch der USA. Mit ihm ist oft genug verbunden die eigene, schlecht verhüllte Angst vor dem Ausbruch Frankreichs aus dem Atlantikpakt-System, der im Falle der Ablehnung des Schumanplanes angedroht war. So wird die Sicherheit Europas allein auf die immerhin zweifelhafte künftige militärische Stärke gestützt und die reale Notwendigkeit der inneren Geschlossenheit eines europäischen Staatenbundes, gegründet auf Gleichheit und sozialer Existenzsicherung aller ihrer Bevölkerungsteile, übersehen, ja gefährdet, indem man dem strategisch wie wirtschaftlich und sozial anfälligsten Partner die Kosten der neuen Union aufbürdet. Zwang aber ist kein Fundament für einen Vertrag und schafft kein Vertrauen zu einer Kampffront nach Osten.

Die genaueste Kenntnis des Bolschewismus und seines natürlichen Nährbodens, des sozialen oder auch nationalen Notstandes, ist in der Sozialdemokratie traditionell. Das bewahrt sie vor gefährlichen Experimenten. Sie wird keine Verantwortung für einen Vertrag übernehmen, der solchen Nährboden schafft, aber auch keine Einheitsfront eingehen mit dem restaurativen Kartellkapitalismus auf Kosten der sozialen Sicherheit. Darüber besteht völlige Einmütigkeit. Die SPD geht auch nach Europa ihren eigenen Weg und kämpft dabei an zwei Fronten, aber sie hat keine davon in der eigenen Partei.

Frankreich vor einer wichtigen Entscheidung

A.F.Paris, im Mai.

In rund drei Wochen wird sich Frankreich ein neues Parlament wählen. Es handelt sich hierbei um ein geradezu europäisches Ereignis, da durch den Ausgang der Wahlen zweifellos die französische Aussenpolitik in dem einen oder anderen Sinne beeinflusst wird. Selbst die Russen sollen nach den letzten Eindrücken der westlichen Beobachter die Pariser Vorkonferenz absichtlich bis zum französischen Wahltermin hinauszuziehen, da sie sich vorher nicht für eine Aussenministerkonferenz entscheiden wollen.

Die innenpolitische Lage Frankreichs lässt sich mit wenigen Worten skizzieren. Auf der Linken stehen die moskauhörigen Kommunisten, auf der Rechten versucht General de Gaulle, die republikanische Verfassung in autoritärem Sinne umzuwandeln und die demokratischen Freiheiten in bisher nicht abzuschätzender Masse einzuschränken. Zwischen diesen beiden Extremen befindet sich die augenblickliche Regierungskoalition, die sich wirtschaftspolitisch mehr als uneinig ist, jedoch gemeinsam daran arbeitet, die traditionelle, republikanische Demokratie zu erhalten. Auch aussenpolitisch bestehen innerhalb dieser Koalition wenig Meinungsverschiedenheiten.

Für den Wahlausgang gibt es politisch gesehen zwei Möglichkeiten: entweder die jetzigen Koalitionsparteien erhalten die Mehrheit der Sitze innerhalb des Parlaments oder die Opposition, zur Rechten wie zur Linken, sichert sich ein Übergewicht. Im ersten Falle müsste die unglückliche Ehe zwischen Planwirtschaftlern und konservativen Liberalen in irgendeiner Form fortgesetzt werden, im zweiten Falle könnte eine konstruktive Lösung nur durch den Verzicht der Gaullisten auf ihre autoritäre Ausschliesslichkeit und durch die Bildung einer in der Vergangenheit in Frankreich nicht selten gewesenen ausgesprochenen Rechtsregierung, unter Ausschluss der Sozialisten und vielleicht auch der Volksrepublikaner, gefunden werden.

Ziel der viel kritisierten Wahlreform ist es, unabhängig von dem eigentlichen Stimmenverhältnis der Regierungskoalition die Mehrheit der Sitze zu sichern. Durch eine einfache Erklärung können die unabhängig voneinander aufgestellten Wahllisten in den einzelnen

Wahlkreisen miteinander verbunden werden. Erhalten diese verbundenen Listen mindestens 50 v.H. der abgegebenen Stimmen, dann verteilen sie unter sich alle verfügbaren Parlamentssitze des Wahlkreises. Wird der Satz von 50 v.H. nicht erreicht, erfolgt die Sitzverteilung nach dem Proportionalssystem. Wenn auch nach einigen Zögern die Regierungsparteien fast überall Listenverbindungen eingingen, sind diesem System verhältnismässig enge Grenzen gesetzt, denn zweifellos gibt es zahlreiche Wahlkreise, in denen Kommunisten und Gaullisten zwangsläufig über 50 v.H. der Stimmen auf sich vereinigen. Ob schliesslich das neue Wahlsystem der Koalition gestattet, ihre bisherige Mehrheit gemeinsam wiederzufinden, ist die grosse Unbekannte des französischen Wahlganges. Voraussagen über das genaue Mandatsverhältnis in der neuzuwählenden Nationalversammlung, erscheinen daher mehr als gewagt. Lediglich einige überflächliche Entwicklungstendenzen lassen sich herauskristallisieren. Zunächst muss man zwischen den von den Parteien erhaltenen Stimmen und der Sitzverteilung unterscheiden. Gegenüber 1946 dürfte der Stimmenanteil der Kommunisten nur unwesentlich zurückgehen. Man wäre aber bereits mit einem leichten Stimmenverlust der Kommunisten zufrieden, da sich die KP ziemlich stabil gezeigt hat. Die Gaullisten, die bei den letzten Parlamentswahlen nicht vertreten waren, dürften der Stimmenzahl nach Anspruch auf den Platz der zweitgrössten Partei erheben können. Die von de Gaulle erhoffte Mehrheit dürften sie aber kaum erreichen. Innerhalb der Regierungskoalition ist mit einer erheblichen Kräfteverschiebung von links nach rechts zu rechnen. Die Sozialisten werden dabei weniger Stimmen verlieren als die Volksrepublikaner, deren Nachkriegserfolge in keinem Verhältnis zu ihren soziologischen und innenpolitischen Möglichkeiten standen. Das Schwergewicht der Regierungskoalition wird zweifellos bei den konservativen Radikalsozialisten und der Gruppe der sog. Unabhängigen, d.h., der klassischen französischen Rechte, liegen.

+ + +

Theodor Körner zerstörte ein Märchen

-dt. Theodor Körner, der neue Bundespräsident Österreichs, hat nicht nur seiner Partei, der Sozialdemokratie, den Beweis geliefert, dass sie wächst, dass sie heute mehr Anhänger hat, als die Parlamentswahlen von 1949 ergeben hatten und dass sie in Nachkriegs-Österreich die richtige Politik verfolgt; Theodor Körner hat über die österreichischen Verhältnisse hinaus auch ein Schlagwort ad absurdum geführt, dessen sich die Gegner des Sozialismus immer dann bedienen, wenn es für sie kritisch wird.

Sozialismus sei, so lautete der Wahlschlager der Österreichischen Volkspartei, nur eine Etappe auf dem Weg zur Endstation des Kommunismus. Dass man mit den Sozialisten seit Jahr und Tag an einem Tisch sitzt, zumindest also Mitläufer auf dem angeblichen Weg zum Bolschewismus sein müsste, markte man in der Hitze des Wahlkampfes nicht. In abgewandelter, manchmal sogar penetranterer Form, konnte man dieses Schlagwort auch in den verschiedenen Wahlkämpfen in Westdeutschland hören, zuletzt in Niedersachsen. Man hat dabei vom Wähler vorausgesetzt, dass er nicht denkt. Auf die Verdächtigung, dumm zu sein, pflegen aber die Menschen, nicht nur in der Politik, meist sehr schlecht zu reagieren. Und die Quittung blieb auch nicht aus, weder in Österreich noch in Niedersachsen.

Die das Schlagwort anwenden, der Sozialismus sei der Vorläufer des Bolschewismus, wissen genau, wie dünn und fadenscheinig ihre Theorie ist und darum vergessen sie zu sagen, dass die skandinavischen Länder seit Jahrzehnten sozialistisch regiert werden, dass England seit sechs Jahren ein sozialistisches Regime hat und dass in allen diesen Ländern der Bolschewismus eine lächerliche Angelegenheit ist. Mit der gleichen Grosszügigkeit setzt man sich darüber hinweg, dass in den liberalistisch regierten Ländern, wie z.B. Italien und Frankreich, dort also, wo der moderne Sozialismus nicht zur Geltung kommt, die Kommunisten eine Gefahr für den Staat bilden, der man allein mit dem Wahlzettel nicht mehr Herr wird.

Spekulationen mit der Dummheit der anderen machen sich auf die Dauer nicht bezahlt; wer es trotzdem immer wieder versucht, zeigt, dass er mit seinem Latein zu Ende ist. Zu dem Mangel an positiven Argumenten gesellt sich bei den restaurativen und konservativen Propagandisten noch die Phantasielosigkeit. Mit Ammenmärchen aber wird man den sozialen Fortschritt nicht aufhalten können.

Versunkene, noch erlebte Welt

Zu einem Erinnerungsbuch von Bernhard Guttman

Ganz selten glückt bei der Fülle der vorliegenden politischen Memoirenbücher aus jüngerer und jüngster Zeit ein Griff, der sich lohnt. Die Grossen der Welt plädieren im Grunde immer nur für sich selbst, ihre Berichte mögen oft interessant sein, zuverlässig sind sie selten. Auch sind nur wenige dieser Autoren gute Schreiber und wenn man erst merkt, wie sehr sie es doch zu sein wünschen, wird die Sache vollends schwer erträglich.

Mit umso grösserer Befriedigung legt man, ganz gewiss nicht zum letztenmal, ein Buch wie Bernhard Guttman's "Schattenriss einer Generation" (K.F. Koehler, Stuttgart) aus der Hand. Es umfaßt die Jahre 1888-1919, gerade also eine Generation, die sogenannte Wilhelminische Epoche. Unwirklich, fast ungläubhaft, ist an dem Buch eigentlich nur, dass ein Mann von dieser weit zurückreichenden Spannweite des eigenen Erlebens auch heute noch als recht aktiver Mitarbeiter an der "Gegenwart" unter uns lebt und wirkt.

Guttman, heute über 80 Jahre alt, ist Journalist auf der höchsten geistigen Ebene seines Berufes. Sein kürzlich erschienenes Buch ist für die politische Welt ungefähr das, was - auch der Zeit nach, über die berichtet wird - Stefan Zweigs "Welt von gestern" für die geistig-literarische ist. Aber Guttman's Bericht erscheint ausgewogener, reifer. Der Verfasser hat grosse Teile seines Lebens in Deutschland und England verbracht, weitere Jahre eines langen Aufenthaltes in anderen Ländern, vornehmlich des Vorderen Orients. Er hat engste persönliche Verbindungen zu den meisten politisch massgebenden Männern seiner Zeit, besonders in den genannten Ländern unterhalten. Das Blatt, für das er berichtete, war die alte "Frankfurter Zeitung".

Einer Betrachtung über das "Deutschland des Kaisers" folgen Erlebnisse und Begegnungen verschiedenster Art. Darunter sind die fünfzig Seiten aus seinen England-Jahren Erinnerungen, nachgetragene Tagebucheinträge oder Berichte für seine Zeitungen von bleibender Gültigkeit - vielleicht das beste, was in dieser Darstellungsform zu diesem Gegenstand bisher überhaupt gesagt worden ist. Eine solche Dichte in der Wiedergabe des menschlichen und geistigen Klimas eines Landes und eine solche handfeste Anschaulichkeit mit dem blossen Wort zu erreichen, ist nur ganz wenigen vergönnt. Guttman berichtet auch mancherlei Neues aus jener Zeit, was sehr vielen politisch Interessierten und Unterrichteten nicht geläufig sein dürfte. Aber das Lesen dieses Buches ist schon wegen der Sprache, in der es geschrieben wurde, ein Genuss.

Der vielleicht grösste Reiz und vermutlich das besondere Geheimnis seiner Anziehungskraft ist die so seltene Verbindung von leidenschaftlicher innerer Anteilnahme am Erlebten und Dargestellten mit jener kühlen, masshaltenden und Distanz schaffenden Abgeklärtheit des reifen Menschen. Das Buch gehört sicher zu den besten, die seit dem Ende des Krieges in Deutschland erschienen sind.

Peter Raunau.

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt